

An das  
Bundesministerium für Justiz  
Museumstraße 7  
1070 Wien

Wien, 8. März 2005  
GZ 301.339/001-D2/05

**Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem im ABGB das  
Zessionsrecht und das Versicherungsvertragsgesetz geändert  
werden (Zessionsrechts-Änderungsgesetz – ZessRÄG);  
Begutachtung und Stellungnahme**

Der Rechnungshof bestätigt den Erhalt des mit Schreiben vom 24. Jänner 2005, GZ BMJ-B5.004/0001-I 2/2005, übermittelten Entwurfs eines Zessionsrechts-Änderungsgesetzes, und teilt mit, dass aus der Sicht der Rechnungs- und Gebarungskontrolle keine Bedenken gegen die vorgeschlagenen Maßnahmen bestehen.

Von dieser Stellungnahme werden u.e. 25 Ausfertigungen dem Präsidium des Nationalrates und je zwei Ausfertigungen dem Bundesministerium für Finanzen sowie Herrn Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, Dr. Alfred Finz, übermittelt.

Der Präsident:  
Dr. Josef Moser

F.d.R.d.A.: